



## Druck machen

➔ Druck. In der Sache. Das ist der Job der Opposition im Landtag. Und das erwarten Sie zu Recht von uns, wenn sich Dinge so gar nicht oder in die falsche Richtung bewegen. Von diesen Erwartungen haben wir uns bei der Wahl des Titels für die Zeitung leiten lassen, die Sie heute zum ersten Mal in den Händen halten. Die „DruckSache“ ist ein weiteres Informationsangebot Ihrer CDU-Fraktion im Thüringer Landtag.

Wir sind davon überzeugt, dass es notwendiger ist denn je, Druck zu machen. Denn es läuft vieles nicht gut im Freistaat Thüringen: in den Schulen; bei unser aller Sicherheit; beim Versuch, mit viel Mutwillen, aber wenig Sachverstand unbedingt die Gebietsstrukturen über den Haufen zu werfen; durch den Wahn, auf Biegen und Brechen das Land mit Windrädern vollzustellen und den Willen der Bürger zu missachten. Wir machen Druck. Und wir laden Sie ein, auch uns Druck zu machen – damit im Landtag zur „DruckSache“ wird, was Sie politisch bewegt. So können wir gemeinsam mehr erreichen. Damit es besser läuft in Thüringen.

## Nachwuchssorgen bei Feuerwehr

➔ Thüringens Freiwillige Feuerwehren suchen Nachwuchs. Seit Jahren sinkt die Zahl der Kameradinnen und Kameraden. Der Thüringer Landesfeuerwehrverband steuert mit einer Kampagne gegen. Damit sie greift und am Ende mehr Ehrenamtliche in den Einsatzabteilungen ankommen, muss auch das Umfeld stimmen. (Seite 7)



## Lehrermangel an den Schulen

## Ein Viertel geht in den Ruhestand



“  
**Der Unterrichtsausfall nimmt zu, das weiß jeder,**

auch wenn das Ministerium anderes behauptet.

Rolf Busch, TLV-Vorsitzender

Verwaiste Lehrerzimmer, Sozialkundelehrer, die Physik unterrichten müssen und berufsbildende Schulen, die ihr Angebot nicht aufrecht halten können: So wird die Zukunft an Thüringens Bildungseinrichtungen aussehen, wenn die Landesregierung nicht sehr schnell umsteuert. Denn die Thüringer Schulen stehen vor dem größten Generationswechsel der letzten Jahrzehnte: Rund ein Viertel der Thüringer Lehrerschaft geht in den nächsten fünf Jahren in den Ruhestand. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten 500 Neueinstellungen pro Jahr reichen bei weitem nicht aus, um die Altersabgänge zu decken – zumal rund ein Drittel der Einstellungen fachfremd erfolgen. Doch statt gegenzusteuern, zieht es Rot-Rot-Grün selbst nach bald zweieinhalb Jahren in Regierungsverantwortung vor, nur mit dem Finger auf

die Vorgängerregierung zu zeigen. Dabei liegt längst ein guter Vorschlag auf dem Tisch: Die CDU-Fraktion hat auf ihrer Winterklausur in Volkenroda ein Maßnahmenpaket beschlossen, um den Lehrernachwuchs in Thüringen zu sichern. Die Rückkehr zu Lehrerverbeamtung und die Aufstockung der Stellen für Lehramtsanwärter können dabei nur zwei Bausteine von vielen sein. Genauso wichtig ist es, eine Lösung für die sogenannten Mangelfächer zu finden. Denn in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik konkurriert Thüringen nicht nur mit den 15 anderen Bundesländern, sondern vor allem auch mit der Wirtschaft. Die CDU-Fraktion schlägt deshalb vor: Lehramtsstudenten, die sich für Mangelfächer oder für den Dienst an Regel- und Berufsschulen entscheiden, bekommen eine Einstellungsgarantie, wenn sie das 2. Staatsexamen erfolgreich ablegen. Dazu sollen ein Bonusfaktor für naturwissenschaftliche Referendariatsplätze, erleichterte Bewerbungsverfahren und ein einfacherer Zugang für Seiteneinsteiger helfen, den Lehrermangel in Thüringen zu bekämpfen. (Seiten 4 und 5)

# Aus der Fraktion



## CDU-Fraktion mit Bürgern im Gespräch

Die CDU-Fraktion ist zur Thüringen Ausstellung 2017 vom 4. bis 12. März mit einem eigenen Stand in Halle 1 auf der Messe Erfurt präsent. Bereits im vergangenen Jahr hatte sich die Fraktion erstmals seit längerer Zeit wieder mit einem eigenen Messestand präsentiert. Das rege Interesse der Besucher hat gezeigt, dass die Bürger das Gespräch mit der Politik suchen. Die Abgeordneten vor Ort freuen sich auf die Besucher.



## Jagdrecht: Wild und Wald nicht gegeneinander ausspielen

Eine „Ökologisierung“ der Jagd müssen die Thüringer Jäger befürchten. Denn Rot-Rot-Grün arbeitet an einer Änderung des bewährten Thüringer Jagdgesetzes und stellt dieser Tage die Ergebnisse vor. Die CDU-Fraktion teilt die Furcht der Jägerschaft, dass der angestrebte Richtungswechsel in der Jagd auf den Ansichten naturferner Tierrechtler beruhen wird, und nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Der Jagdrechtsexperte der Fraktion, Egon Primas, stellt deshalb klar: „Wald und Wild bilden eine Einheit. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“



„Linkskoalition missachtet den Bürgerwillen“

## Ankündigungspolitik: Gebietsreform versinkt im Chaos

„Die Landesregierung lässt ihre Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform im Chaos versinken.“ Diese Zwischenbilanz hat die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Christina Tasch, anlässlich der jetzt angestoßenen ersten Staffel von Gemeindegliederungen gesagt. Rot-Rot-Grün verweigere den beteiligten Kommunen eine Garantie, dass es bei den ausverhandelten Zuschnitten bleibt. Überdies ist laut Tasch weiterhin „völlig unklar, ob es neben Einheits- und Landgemeinden noch eine weitere Rechtsform geben wird, die knapp 700 Kommunen den rechtlichen Untergang erspart“. Die Eich-

felder Abgeordnete warf Ministerpräsident Ramelow vor, entsprechende Erwartungen geweckt zu haben, aber jetzt in seiner Regierung nicht durchsetzen zu können. „Er entpuppt sich zunehmend als Politiker, der zwar viel redet, wenn der Tag lang ist, aber in entscheidenden Punkten nicht liefert“, so Tasch wörtlich.

Unterdessen zeigt sich auch, dass die Linkskoalition am Ziel scheitert, größeren Kommunen in nennenswertem Umfang Aufgaben des Landes zu übertragen. Der Chef des Thüringer Landesverwaltungsamtes, Frank Roßner, ordnete dieses Ansinnen kürz-

lich als weitgehend undurchführbar ein. Damit fällt laut Tasch „eines der zentralen Argumente für die vermeintliche Notwendigkeit größerer Kommunen und Landkreise weg“. Klar sei damit auch, dass Rot-Rot-Grün die Gebietszuschnitte ändert, ohne zu wissen, was künftig auf welcher Verwaltungsebene erledigt werden soll. „Für den Oppositionsführer Ramelow war noch klar, dass eine Verwaltungsreform die Voraussetzung für eine Gebietsreform ist. Der Regierungschef Ramelow will davon nichts mehr wissen“, so die Fraktionsvizevorsitzende.

Die Aussichten, „diesen Murks zu Lasten der Bürger, der Kommunen und des Landes zu verhindern, sind besser denn je“, schätzt Tasch ein. Mehr als ein Dutzend Klagen sind anhängig, die Arbeitsgemeinschaft Selbstverwaltung, eine Bürgerinitiative gegen die Gebietsreform, hat eine weitere große Unterschriften-sammlung angekündigt. Die erfahrene Landtagsabgeordnete hofft jetzt, „dass die Linkskoalition den Bürgerwillen nicht länger missachtet“.

# Windkraft-Reportage



„Wir wurden nicht gefragt, nicht gewarnt.“

## Leben unter dem Rotor



Eine Vogtländer Bürgerinitiative trifft sich bei Uta Scheufler, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Was die Mitglieder zu sagen haben, sehen Sie im Video unter [www.drucksache.info](http://www.drucksache.info)

Es war im Sommer 2013, halb eins in der Nacht, als sich das Leben der Familie Scheufler von Grund auf änderte. „Wir dachten, der Krieg bricht aus. Es war, wie wenn ein Panzerzug anrollen würde, alles war taghell erleuchtet“, erinnert sich Uta Scheufler an den Moment, als sie und ihr Mann Christoph aufrecht im Bett saßen, während der erste Schwerlasttransport mit ohrenbetäubendem Lärm an ihrem Haus vorbeipolterte. Viele weitere schlaflose Nächte sollten folgen.

Seit dieser Zeit stehen vier 130 Meter hohe Windräder quasi in ihrem Vorgarten – ein Abstand von nicht einmal 500 Metern zur Wohnbebauung gilt anderswo, beispielsweise in nur wenige Fahrminuten südlich gelegenen Bayern, als nicht genehmigungsfähig. Doch selbst hier, im „Niemandland“ des sächsisch-thüringischen Grenzgebiets, sollten solche geringen Abstände eigentlich nicht möglich sein – doch diese Regeln sind biegsam, eine entsprechende Anpassung an die bürgerfreundlicheren Vorschriften in Bayern wussten Windkraft-begeisterte Landesregierungen, wie auch die rot-rot-grüne in

Thüringen, zu verhindern.

„Wir wurden nicht gefragt, nicht gewarnt“, ist Uta Scheufler heute noch fassungslos über das, was damals so unvermittelt über ihre Familie, ihren Hof und Grund hereinbrach. Die Scheuflers bewohnen einen Bauernhof, seit 1923 im Familienbesitz, am Rande des Vogtland-Städtchens Pausa. Ab 1952 gehörte Pausa zu Thüringen, 1992 wurde der Ort, der für sich in Anspruch nimmt, „am Mittelpunkt der Erde“ zu liegen, wieder sächsisch. Trotz aller Einschränkungen, die die vier stählernen Ungetüme für die Lebensqualität ihrer Familie bedeuten, legt die 57-jährige Lehrerin Wert auf die Feststellung, dass sie nichts gegen Windräder habe – nur gegen die rücksichtslose Standortwahl. Denn bei einem Abstand von nicht einmal 500 Metern, wie im Fall der Scheuflers, kann der Lärm der Rotorblätter, je nach Windrichtung, schnell unerträglich werden – gerade nachts. „Ich kann eigentlich nur mit offenem Fenster schlafen, ich brauche die frische Luft. Doch seit die Windräder in Betrieb sind, ist das nicht mehr möglich. Dabei war es hier früher totenstill“, sagt Scheufler, von der erwartet wird, dass sie jeden Morgen fit vor einer Klasse quirliger Schüler steht. Gäste berichten von einer Lärmkulisse „fast wie auf dem Flughafen in Frankfurt“; andere finden, das schnelle Schlagen klinge wie ein

vorbeirauschender Güterzug. Dazu kommt, vor allem im Sommer, das Phänomen des Schlagschattens. Wenn die Sonne hinter einem der Windräder vorbeiwandert, wird es, entsprechend der Umdrehungsfrequenz der Rotorblätter, etwa 30 Mal pro Minute hell, dunkel, hell, dunkel, hell – und wieder dunkel. Ein Bekannter der Scheuflers vergleicht das mit einer international geächteten Verhörmethode, die sich genau dieses Effekts bediene. „Korrigieren Sie da mal in Ruhe eine Klassenarbeit“, zeigt sich die 57-Jährige ratlos. Ebenfalls auf der langen Liste der Zumutungen taucht der sogenannte Eiswurf auf. Uta Scheufler sind die Kolosse aus glasfaserverstärkten Kunststoffen und Stahl ohnehin nicht geheuer, sie hält so viel Abstand, wie die Lage ihres Grundstücks es eben zulässt. Doch ein Nachbar, der die Felder um die Anlagen gerne für Spaziergänge nutzt, hat auf seinem Handy Abwürfe von riesigen Eisblöcken dokumentiert – einige der bis zu 3 Meter langen und 30 Zentimeter breiten Eisstangen schlugen direkt neben dem Feldweg ein, auf dem er immer unterwegs ist. Immerhin: Für Uta Scheuflers Hauptproblem, die schlaflosen Nächte, hat sie jetzt eine amtlich geprüfte Lösung. Sie sollte doch, teilte ihr das Umweltamt telefonisch mit, einfach stärkere Fenster einbauen, Ohrstöpsel verwenden oder das Schlafzimmer gleich ganz verlegen. Dass sie da mal nicht selbst draufgekommen ist.

Von Felix Voigt

# Bildungspolitik



”

## Für Kinder mit Behinderung brauchen wir auch in Zukunft Förderschulen.

Werden sie gemeinsam mit anderen Schülern unterrichtet, müssen die Schulen entsprechend ausgestattet sein, um eine optimale Förderung zu gewährleisten.

Christian Tischner,  
bildungspolitischer Sprecher



”

## Die Rückkehr zur Verbeamtung funktioniert nur,

wenn vom ersten Tag an eine verlässliche Vorsorge für die entstehenden Pensionen getroffen wird. Die Pensionslasten dürfen nicht auf die kommenden Generationen abgewälzt werden.

Maik Kowalleck,  
finanzpolitischer Sprecher



„Die Personalsituation ist miserabel“

TLV-Chef Rolf Busch

Video-Statements von Rolf Busch und Mike Mohring finden Sie im Internet unter [www.drucksache.info](http://www.drucksache.info)

## Mohring trifft: Lehrerverbands-Chef Rolf Busch

**Herr Busch, in den nächsten fünf Jahren gehen rund ein Viertel der Thüringer Lehrer in den Ruhestand. Wie dramatisch ist die Personalsituation an den Schulen wirklich?**

**Rolf Busch:**

Die Personalsituation ist miserabel. Problem Nummer 1 ist die Überalterung, dazu kommen die zu geringen Einstellungen. Der Unterrichtsausfall nimmt zu, das weiß jeder, auch wenn das Ministerium anderes behauptet. Insofern brauchen wir dringend mehr Einstellungen und attraktivere Einstellungsbedingungen. Es kann nicht sein, dass jeder, der

die Uni verlässt, zwangsläufig eine Warteschleife von einem halben Jahr dreht. Das ist ein organisatorisches Problem, das gelöst werden muss.

**Mike Mohring:**

Manche ausgebildete Lehramtsanwärter müssen im Supermarkt Regale einräumen, weil es einfach keine Einstellungstermine gibt. Das demotiviert und treibt die Leute aus dem Land heraus. Eine Möglichkeit ist, Bewerbungen mit Zwischenzeugnissen zuzulassen. Damit die Zusage aus Thüringen nicht erst kurz vor Schuljahresbeginn kommt, während die Zusagen aus anderen Bundeslän-

dern schon im März auf dem Küchentisch liegen.

**Busch:**

Man schiebt es auf die Autonomie der Universitäten und sagt, die vergeben eben die Zeugnisse so spät. Und doch sieht es anderswo, ich glaube es ist Sachsen-Anhalt, anders aus. Die sagen: Gut, dass Du fertig wirst, wir haben eine Stelle für Dich – das Abschlusszeugnis kannst Du nachreichen.

**Mohring:**

Derzeit herrscht ein knallharter Wettbewerb unter den Bundesländern.

# BILDUNGS Quiz

Bei unserem Bildungs-Quiz gilt es, ein Lösungswort aus diesem Themenbereich zu finden. Dazu stellen wir Ihnen 9 Fragen – genau so viele Buchstaben hat auch unser Lösungswort. Jede Antwort führt zu einem Buchstaben des Lösungsworts. Rätseln Sie mit und gewinnen Sie ein Präsent-Set der CDU-Fraktion!

**Buchstabe 1 des Lösungsworts:** Schulabschluss, der nach 12 Schuljahren in der gymnasialen Oberstufe erworben wird.  1  
**Gesucht wird der 3. Buchstabe der Antwort (d.A.)**

**Buchstabe 2:** Pädagogische Fachkraft für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (weibliche Form)  2  
**Gesucht wird der 10. Buchstabe d.A.**

**Buchstabe 3:** Schulnoten für die Bewertung fachfremder Leistungen wie Mitarbeit oder soziales Verhalten.  3  
**Gesucht wird der 1. Buchstabe d.A.**

**Buchstabe 4:** Hochschultyp für anwendungsbezogene Lehre und Forschung.  4  
**Gesucht wird der 13. Buchstabe d.A.**

**Buchstabe 5:** Schulart für Schüler mit besonderem Förderbedarf (Thüringer Bezeichnung)  5  
**Gesucht wird der 10. Buchstabe d.A.**

**Buchstabe 6:** Einrichtung für den schulischen Teil der dualen Berufsbildung.  6  
**Gesucht wird der 6. Buchstabe d.A.**

**Buchstabe 7:** Zusammenfassende Beurteilung des Leistungsstandes eines Schülers im Range einer öffentlichen Urkunde.  7  
**Gesucht wird der 6. Buchstabe d.A.**

**Buchstabe 8:** Einrichtung der Jugendhilfe zur Betreuung von Schulkindern außerhalb der Unterrichtszeiten.  8  
**Gesucht wird der 2. Buchstabe d.A.**

**Buchstabe 9:** Schule mit Angeboten zur Ergänzung des Unterrichts bis in die Nachmittagsstunden.  9  
**Gesucht wird der 3. Buchstabe d.A.**

Senden Sie das Lösungswort per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/ Stichwort: „Bildungs-Quiz“) und gewinnen Sie ein Präsent-Set bestehend aus zwei Karten für den Jahresempfang der CDU-Fraktion auf der Erfurter Messe, einer Powerbank (externer Akku fürs Smartphone) und einer hochwertigen Porzellan-Kaffeetasse aus dem Hause Kahla. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihren vollen Namen, Ihre Mailadresse und/oder Ihre Telefonnummer an.\*

**E-Mail:** [quiz@cdu-landtag.de](mailto:quiz@cdu-landtag.de) oder

**Postadresse:** CDU-Fraktion im Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

\* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden bis zum Erscheinen der nächsten „DruckSache“ verlost und der Gewinner per Mail oder telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Quiz-Teilnehmer erklären sich damit einverstanden, dass ihnen die CDU-Fraktion künftig Informationen zum aktuellen politischen Geschehen in Thüringen zusendet. Die CDU-Fraktion verwendet die Daten ausschließlich für interne Zwecke.



lich hohen Einnahmen des Fiskus täuschen darüber nur hinweg. Was wir jetzt brauchen, ist eine Jobgarantie für die besten Absolventen.

**Die mögliche Verbeamtung von Lehrern spielt eine große Rolle in der öffentlichen Diskussion. Wie stehen Sie dazu?**

**Busch:** Ich gehe davon aus, dass das Land Thüringen nicht mehr drum herumkommt. Fast alle Länder verbeamten nun mal. Zwar kann man grundsätzlich durchaus die Frage stellen, ob eine Verbeamtung der Lehrer wirklich dringend nötig ist. Aber Inselfösungen funktionieren nicht. Und es gibt natürlich auch jenseits des Wettbewerb-Arguments gute Gründe für eine Verbeamtung. Wer verbeamtet ist, muss loyal zu unserer Verfassung stehen und kann sanktioniert werden, wenn er sich anders verhält. Lehrer haben eine hohe Verantwortung. Nicht vor einer Partei oder vor dem Staat, sondern vor der Gesellschaft.

**Mohring:** Die Attraktivität des Lehrerberufes hängt aus meiner Sicht ganz stark davon ab, ob man den jungen Leuten unbefristete Vollzeitstellen anbieten kann. Und – ergänzend – auch, dass sie verbeamtet werden. Aber das ist nicht der Hauptgrund, warum junge Leute diesen Beruf ergreifen. Aus der Perspektive der Politik muss, so sieht es jedenfalls meine Fraktion, der vermeintliche fiskalische Vorteil durch die Verbeamtung im Haushalt transparent dargestellt werden. Dazu müssen vom ersten Tag der Verbeamtung an die Pensionsrückstellungen gebildet und sichergestellt werden, dass in 30-40 Jahren das Geld dafür da ist. Und es muss verhindert werden, dass kommende Landesregierungen das zurückgelegte Geld für andere Dinge verwenden können.

**Busch:** Da ist der Lehrerverband ganz bei der CDU-Fraktion, denn das liegt in unserem eigenen Interesse. Die Verbeamtung durchzusetzen unter dem Motto „nach uns die Sintflut“ wäre unseriös.

**Mindestens ebenso heiß diskutiert werden derzeit die Pläne der Landesregierung, ein inklusives Schulgesetz einzuführen. Wie steht der Lehrerverband dazu?**

**Busch:** Aus meiner Sicht liegt das größte Problem darin, dass die Landesregierung den dritten Schritt vor dem ersten geht. So lange die Eltern nicht davon überzeugt sind, dass der gemeinsame Unterricht der bessere,

auch entsprechend ausgestattete Weg ist, so lange brauchen wir die Förderschulen. Momentan wird aber gegen den Willen von Eltern und Lehrern an deren Abschaffung gearbeitet. Das ist der falsche Weg. Inklusion darf keine Verlierer haben.

**Herr Mohring, wie sehen Sie das? Was ist der richtige Weg, um Schüler mit Förderbedarf optimal zu beschulen?**

**Mohring:** Entscheidend ist, alles mit Maß und Mitte zu organisieren. Rot-Rot-Grün übersteuert die Idee der Inklusion. Es wird immer Kinder mit einem individuellen Betreuungsbedarf geben, den eine Grund- oder Regelschule nicht absichern kann. Kindern mit einem solchen Handicap tue ich damit genausowenig einen Gefallen wie ihren Mitschülern und den Pädagogen. Mehr Inklusion an den Grundschulen ist natürlich möglich, solange mit Augenmaß vorgegangen wird, und nicht in einem Hau-Ruck-Verfahren. Wenn die Ideologie vor die Interessen des Kindes gesetzt wird, wie es derzeit passiert, läuft etwas falsch.

**Busch:** Momentan bleiben viele Schüler auf der Strecke, sonst wäre auch der Protest gegen die Absichten der Landesregierung nicht so groß. So kann Inklusion nicht gelingen. Wir hoffen, dass der Widerstand da ein Stück weit ein Umdenken einleitet, aber das wird man erst sehen, wenn ein Gesetzentwurf vorliegt.

**Mohring:** Viele spüren, dass die Landesregierung den falschen Weg eingeschlagen hat. Ich war jetzt wieder in ein paar Grundschulen zum Vorlesen. Auch da gab es Kinder mit besonders hohem Betreuungsbedarf. Da kann selbst die Eins-zu-Eins-Betreuung durch eine zweite Fachkraft nicht verhindern, dass eine Parallelwelt in der Klasse entsteht. Wer das als gelungene Inklusion verkauft, lügt sich in die eigene Tasche. Deswegen ist für meine Fraktion klar: Die Förderschulen müssen erhalten werden, damit der Wechsel von der Förderschule in eine Grund- oder Regelschule genauso möglich bleibt, wie der umgekehrte Weg.

**Busch:** Eines ist klar: Die Förderschulen abzuschaffen, ist kein Sparmodell, im Gegenteil. Für Thüringen bedeutet das nach unseren Berechnungen 600 zusätzliche Sonderpädagogen, um die Beschulung an allgemeinen Schulen zu gewährleisten. Aber wir kriegen ja noch nicht einmal die, die wir noch nachträglich einstellen wollen.

Wenn die Thüringer Landesregierung nicht endlich handelt, verlieren wir viele junge Lehrer.

**Busch:** Nicht nur zwischen den deutschen Bundesländern! Die Österreicher und die Schweizer, also im Grunde der ganze deutschsprachige Raum, wirbt sich gegenseitig Lehrer ab. Viele Thüringer arbeiten mittlerweile als Lehrer in der Schweiz. Sachsen-Anhalt bezahlt seine Regelschullehrer deshalb längst besser. Da sagt natürlich der eine oder andere: Das ist interessant für mich, da bleibe ich gleich dort.

**Mohring:** Bei der Besoldung sind die Länder benachteiligt, die ohnehin wenig Geld haben und auch an dieser Stelle sparen müssen, um über die Runden zu kommen. Die derzeit außergewöhn-

# Aus der Fraktion



## CDU-Fraktion startet neue Kommunikationsoffensive

Neue Zeitung, neue Homepage, neue App: Zum 1. März 2017 startet die CDU-Landtagsfraktion eine umfassende Kommunikationsoffensive. Der Internetauftritt in moderner

Kachel-Optik ist übersichtlicher und vor allem sehr viel besser auf eine Nutzung auf Smartphone und Tablet ausgerichtet. In Kürze steht außerdem eine völlig überarbeitete

App in den Stores von Apple und Google zum Download bereit, mit der sich die Nutzer bequem von unterwegs über die Arbeit der Fraktion informieren können. Die neue Homepage ist nutzerfreundlicher, informativer und strukturierter als die Vorgängerversion. Interessierte können sich ohne großen Suchaufwand einen detaillierten Überblick über die Abgeordneten und zu allen wichtigen Themen der Fraktionsar-

beit verschaffen. Video, Audio und Foto-Inhalte lassen sich jetzt elegant einbinden. Nutzer haben von überall schnellen Zugriff auf die Social-Media-Angebote der Fraktion. Neue Navigationsmöglichkeiten erleichtern das Suchen und Finden von Inhalten auf der neuen Website grundlegend. Nur die Adresse bleibt gleich: Alle Informationen zur CDU-Fraktion im Thüringer Landtag finden Sie unter [www.cdu-landtag.de](http://www.cdu-landtag.de).



## Klimaschutz: Ministerin greift Bürgern in die Tasche

Egal ob für Mieter, Hausbesitzer, Kommunen oder Unternehmen: Wenn sich Umweltministerin Anja Siegesmund mit ihrem „Thüringer Klimaschutzgesetz“ durchsetzt, wird es richtig teuer – und zwar für alle.

Siegesmund will kostspielige Klimaschutzmaßnahmen per Zwang durchdrücken – mit Standards, die weit über die Pläne von Bundesregierung und EU hinausgehen. Dem energiepolitischen Sprecher der CDU-Fraktion

im Thüringer Landtag gefällt das gar nicht: „Der zusätzliche Aufwand der Gemeindeverwaltungen wird zu einer Erhöhung kommunaler Abgaben für Bürger und Unternehmen führen. Leiden werden am Ende auch die Hausbesitzer, und mit ihnen die große Mehrzahl derer, die sich kein Wohneigentum leisten können und sich auf steigende Mieten einstellen müssen“, warnt Stefan Gruhner. Die CDU-Fraktion will stattdessen einen „Klimaplan“ prüfen, wie er jetzt von

Schwarz-Grün in Hessen verabschiedet wurde. Der setzt auf Anreize und freiwillige Maßnahmen, statt auf die umweltpolitische Brechstange. „Diese sehr spezielle Form der Umweltpädagogik zeichnet die grüne Ministerin mittlerweile leider aus. Wer aber echte Akzeptanz für Klimaschutz schaffen will, sollte elegantere Methoden als stumpfen Zwang im Repertoire haben. So erweist Siegesmund ihrem Anliegen einen Bärendienst“, so Gruhners Kritik.

# Ehrenamt



Foto: Adobe Stock

Hilfe für  
die Helfer

## Freiwillige Feuerwehren suchen Nachwuchs

Die Freiwillige Feuerwehr braucht Hilfe, wenn sie auch in Zukunft weiter helfen soll. Auf diesen Nenner lassen sich die Herausforderungen bringen, mit denen es die rund 35 000 aktiven Feuerwehrleute im Freistaat seit Jahren zu tun haben. Der weit überwiegende Teil, knapp 34 300, sind in 1498 Freiwilligen Feuerwehren ehrenamtlich aktiv. Vor 15 Jahren, so bilanziert der Geschäftsführer des Thüringer Feuerwehrverbandes (ThFV), Alexander Blasczyk, waren es noch rund 45 000. Jährlicher Schwund: rund 500 Kameradinnen und Kameraden. Der Trend habe sich zwar etwas verlangsamt, aber der größte Einbruch steht noch bevor. „Das sieht man

schon an der großen Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen“, verweist Blasczyk auf einen nicht veränderbaren Fakt. Wenig ändern lässt sich auch daran, dass viele junge Leute für die Ausbildung und zum Studium wegziehen, die ihren Weg in die Jugendfeuerwehr gefunden hatten. Und der Lebensstil hat sich geändert. „Die Mitglieder blieben früher oft lebenslang in der Freiwilligen Feuerwehr, heute oftmals nur noch zehn bis 15 Jahre“, konstatiert der Landesgeschäftsführer. Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag hat sich kontinuierlich für die Kameradinnen und Kameraden eingesetzt. Der Einstieg in die Jugendfeuerwehr mit schon sechs Jahren oder

die Feuerwehrrente für langgediente Einsatzkräfte sind Ergebnisse. Das wird in den Freiwilligen Feuerwehren anerkannt. Doch Blasczyk sieht die Situation nüchtern: „Man kann sich neue Feuerwehrleute nicht einfach backen. Es ist schwieriger geworden, sie zu gewinnen und dann auch zu binden. Dafür muss sich Feuerwehr zum Teil auch neu erfinden“, sagt er selbstkritisch. Ein Baustein ist eine Mitgliederkampagne, die der ThFV seit 2015 entwickelt hat und nun umsetzt. Sein Wunsch an die Politik: Ein Zuschuss für Ehrenamtskoordinatoren, die vor Ort helfen, die Kampagnenideen auch umzusetzen.

Blasczyk ist durchaus optimistisch, dass sich die Zahlen stabilisieren lassen. Doch damit sei die sogenannte flächendeckende Tagesverfügbarkeit noch nicht gesichert. Auch aus den Gemeindefusionen ergeben sich für ihn Konsequenzen: „Sie können keinem ehrenamtlichen Ortsbrandmeister dutzende Ortsteile aufbrummen.

Hier wird es dann notwendig, diese Funktion hauptamtlich zu besetzen oder durch Hauptamtliche zu unterstützen.“ Doch auch das ist leichter gesagt als getan, denn die Ausbildung ist aufwendig, geeignete Bewerber stehen nicht eben Schlange und bei Feuerwehrführungskräften wird es besonders dünn.

Dem innenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Wolfgang Fiedler, sind diese Probleme nur allzu bekannt, ist er doch selbst leidenschaftlicher Feuerwehrmann. „Es kann kein Innenhalten geben, soll die Feuerwehr auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen“, sagt er. Fiedler unterstützt die Werbekampagne, verweist zugleich aber auch darauf, dass die Ausbildungskapazitäten dann stimmen müssen. Deshalb steht die Landesfeuerwehrschule in Bad Köstritz ganz oben auf seiner Agenda. „Die Schule wird von der Landesregierung zurzeit sträflich vernachlässigt. Da werde ich im Landtag auf Änderung drängen“, sagt er.



## Bürger-Dialog „Auf ein Wort“

Die nächste Ausgabe des TV-Talks „Auf ein Wort – Bürger reden Klartext“ findet am **30. März um 19 Uhr** in Teistungen im Eichsfeld statt. Die Fragen und Meinungen des Publikums und der Internetnutzer bestimmen Verlauf und Inhalt des Bürgerdialogs, der via FacebookLive direkt im Internet übertragen wird. Eine Beteiligung ist schon im Vorfeld möglich. Informationen zur Sendung und zur Teilnahme finden Sie unter [www.aufeinwort.info](http://www.aufeinwort.info).

